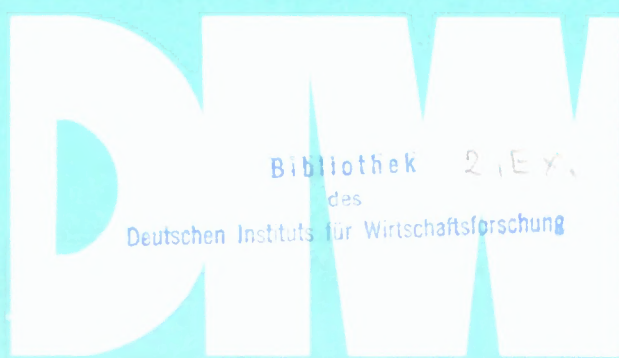




Zur Wirtschaftslage: Weiterhin Konjunkturgefälle in der westlichen Welt	147
Bundesrepublik Deutschland: Witterung brems konjunkturelle Aufwärtsbewegung	153
Bauwirtschaft: Weiterer Produktions- und Beschäftigungsrückgang	156

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/85

Berlin

21. März 1985

52. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Weiterhin Konjunkturgefälle in der westlichen Welt

Nach wie vor hat die wirtschaftliche Entwicklung in den USA eine Schubkraft, die — zumindest in diesem Jahr — sowohl die Fortsetzung des amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs gewährleistet als auch Anstöße für die Expansion in den anderen Ländern gibt. Zwar ist das Wachstumstempo gegenwärtig geringer als zu Beginn des Aufschwungs. Eine Fortdauer der zunächst sehr raschen Zunahme des realen Sozialprodukts hätte jedoch schon bald Engpässe entstehen lassen und damit die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung heraufbeschworen. Es war daher ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel, den im vergangenen Jahr außergewöhnlich starken Wirtschaftsaufschwung in ein langfristiges Wachstum überzuleiten, das der Zunahme des Produktionspotentials entspricht.

Die Wachstumsabschwächung in der zweiten Hälfte des letzten Jahres ließ dann allerdings befürchten, daß ein solcher Übergang zu einem längerfristig möglichen Expansionstempo, wenn überhaupt, nicht reibungslos zu erreichen sei. Es bestand die Gefahr, daß sich das Wachstum stärker als erwünscht verlangsamten würde. Inzwischen ist jedoch deutlich geworden: Das Expansionsklima hat sich in der privaten Wirtschaft nach dem Abklingen der von den Steuersenkungen ausgehenden expansiven Impulse nicht so stark abgeköhlt, daß die weitere Wirtschaftsentwicklung gefährdet wäre. Der bisherige Wirtschaftsaufschwung hat die Unternehmen und Haushalte in eine optimistische Grundstimmung versetzt, bei der Investitionen und Verbrauch derart ausgedehnt werden, daß sich die gesamtwirtschaftliche Expansion auf zwar flacherem, jedoch das Wachstum des Produktionspotentials noch leicht überschreitendem Pfad fortsetzt und die Unterauslastung des Potentials immer mehr verringert wird.

Wird damit der Expansionsprozeß zunehmend von der privaten Wirtschaft selbst in Gang gehalten, so spielt doch auch die Erhöhung der Staatsausgaben, d.h. vor allem die Steigerung der Rüstungsausgaben, nach wie vor eine stimulierende Rolle. Das weiterhin beachtliche Defizit des Bundeshaushalts ist das Resultat einer Politik, die die staatlichen Ausgaben weiter steigert, nachdem die Einkommensteuer zur Wirtschaftsankurbelung erheblich gesenkt worden war. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß von einer solchen Finanzpolitik anhaltend expansive Impulse ausgehen. Die Regierung stößt im Bemühen, durch erneute Einsparung bei den Sozialausgaben und bei den Subventionen das Budgetdefizit zu verringern, auf erhebliche Widerstände im Kongreß. Da ein Kompromiß zwischen Regierung und Opposition schwer zu erreichen sein wird, ist ein merklicher Defizitabbau in diesem Jahr unwahrscheinlich.

In dem hohen Budgetdefizit wird jedoch in der öffentlichen Diskussion weniger ein wachstumsstützender als ein Störfaktor gesehen, der nicht nur den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung in den USA gefährdet, sondern auch verhindere, daß es zu einer ähnlich kräftigen Aufwärtsbewegung in den übrigen Ländern kommt. Die USA seien zur Finanzierung des Budgetdefizits wegen relativ geringer inländischer Ersparnisbildung auf Kapitalzufluß aus dem Ausland angewiesen. Die Zinssätze würden dadurch auf hohem Niveau gehalten, dem Ausland würde Kapital und damit die Grundlage für einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung entzogen. Andererseits beschwöre die inzwischen außerordentlich stark gestiegene Auslandsverschuldung der USA sowie das mit den Budgetdefiziten und dem Kapitalzufluß einhergehende exorbitant hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit die Gefahr eines abrupten Kapitalabflusses aus den USA herauf;

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1983 in vH		Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1983			1984			1985		
			Real	Nominal	Preise ²⁾	Real	Nominal	Preise ²⁾	Real	Nominal	Preise ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	8,8		1,3	4,6	3,2	2,6	4,6	1,9	2	4,5	2,5
Frankreich	7,0	17,9	1,0	10,9	9,8	1,5	9	7,5	1,5	8	6,5
Großbritannien	6,1	11,4	3,6	8,8	5,1	2	6	4	2,5	7,5	5
Italien	4,8	10,3	-1,2	13,7	15,0	2,5	14	11	2,5	12	9,5
Niederlande	1,8	12,2	0,6	2,4	1,9	1,5	4	2,5	2	4	2
Belgien	1,1	10,3	0,0	6,4	6,4	1,5	7	5,5	1,5	6,5	5
Dänemark	0,8	2,8	2,0	10,3	8,1	4	10	6	3	7,5	4,5
Griechenland	0,5	1,5	0,3	20,0	19,5	2	21,5	19	2	20	17,5
Irland	0,2	0,6	1,0	12,5	11,5	3	11	8	3	9,5	6,5
EG	31,1		1,2	8,6	7,4	2	8	5,5	2	7,5	5,5
EG ohne BRD	22,3		1,2	10,2	9,0	2	9	7	2	8,5	6,5
EG ohne BRD ³⁾		67,0	0,9	8,9	8,0	2	8,5	6,5	2	8	6
Schweden	1,2	3,6	2,3	12,2	9,7	3	11	8	2,5	9	6,5
Schweiz	1,4	7,2	1,0	4,2	3,1	2,5	5,5	3	2,5	5	2,5
Österreich	0,9	7,2	2,1	6,0	3,8	2,5	7,5	5	2,5	6,5	4
Norwegen	0,8	1,6	3,2	10,5	7,1	3	9,5	6,5	1,5	7,5	6
Europäische Industrieländer	35,4		1,3	8,5	7,2	2	8	5,5	2	7,5	5,5
Europäische Industrieländer o.BRD	26,6		1,3	9,9	8,5	2	9	7	2	8,5	6
Europäische Industrieländer o.BRD ³⁾		86,6	1,1	8,5	7,3	2	8	6	2	7,5	5,5
USA	44,7	10,6	3,7	7,7	3,8	6,9	10,9	3,7	3,5	7	3,5
Kanada	4,3	1,0	3,3	8,9	5,5	5	9	4	2,5	6,5	4
Japan	15,6	1,8	3,4	3,9	0,5	5,5	6,5	1	4,5	6	1,5
Außereuropäische Industrieländer	64,6		3,6	6,9	3,1	6,5	9,5	3	3,5	7	3
Außereuropäische Industrieländer ³⁾		13,4	3,6	7,3	3,5	6,5	10	3,5	3,5	7	3,5
Insgesamt	100,0		2,8	7,5	4,6	5	9	4	3	7	4
Insgesamt ohne BRD	91,2		2,9	7,7	4,7	5	9,5	4	3	7,5	4
Insgesamt ohne BRD ³⁾		100,0	1,4	8,3	6,8	2,5	8,5	5,5	2,5	7,5	5

1) Auf Dollarbasis.- 2) Deflationierungsfaktor.- 3) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

denn das gegenwärtig der amerikanischen Wirtschaft entgegengebrachte Vertrauen, das auch in dem überhöhten Dollarkurs zum Ausdruck kommt, könne schnell verlorengehen. Die weitere Finanzierung des amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits wäre dann in Frage gestellt. Die Regierung wäre zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik gezwungen, die den Aufschwung rasch abwürgen würde.

Die in der öffentlichen Diskussion vorherrschende Vorstellung vom Kapitalentzug als Folge des amerikanischen Haushaltsdefizits läßt jedoch die weltweiten Einnahmen- und Ausgabenströme außer acht, die durch das amerika-

nische Haushaltsdefizit und den Wirtschaftsaufschwung in den USA ausgelöst wurden. Das Staatsdefizit verstärkte nicht allein die Ausgaben an die amerikanischen Unternehmen, so daß sich deren Ertragslage erheblich verbesserte. Auch die Ausgabenströme in die übrigen Länder, d.h. deren Exporte, nahmen zu, wobei sich die amerikanische Leistungsbilanz zunächst wegen des Konjunkturgefälles zwischen den USA und der übrigen Welt, dann aber auch wegen der starken Dollaraufwertung als Folge des kräftigen Kapitalstroms in die USA beträchtlich passivierte. Nicht nur die USA selbst, sondern auch die übrigen Länder profitierten somit von der finanzpoliti-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985
Bundesrepublik Deutschland	1,2	0,6	1,5	0,3	2,0	1	3,1	1,3	1,5	-1,3	7,9	6,5	0,5	5,7	4,5
Frankreich	1,0	0,5	1	1,8	2	0	-1,4	1	3	3,6	4,5	4	-0,9	2,5	3
Großbritannien	4,3	2	2,5	2,9	0,5	0,5	4,0	5,5	1	1,1	7,5	5,5	5,6	9	5
Italien	-0,5	2	3	2,9	1,5	1	-5,3	1,5	3	3,9	5,5	4	0,8	6,5	4
Niederlande	-0,2	-0,5	0,5	1,0	-1	0	0,4	2	2	4,8	6	5	4,8	5	3
Belgien	-1,0	0	0,5	0,0	1	0	-6,2	3,5	2	-2,7	6	5	-4,7	4	3
Dänemark	1,8	2,5	2	0,0	0	0	3,3	12	7	5,4	4	5	2,2	6	4
Griechenland	0,6	1,5	1,5	2,4	3	3	-1,4	1	2	9,8	7	4	2,8	4	3
Irland	-3,7	1,5	1,5	-0,3	-1	0	-7,7	-1	2	10,6	14	10,5	3,9	8	7
EG ¹⁾	1,3	1	1,5	1,5	1,5	0,5	0,3	2	2	1,5	6,5	5,5	1,2	5,5	4
EG ohne BRD ¹⁾	1,4	1	2	2,1	1	0,5	-1,0	2,5	2,5	2,6	6	5	1,5	5,5	4
Schweden	-1,6	1	1,5	0,9	1	0,5	0,0	3,5	2	11,5	8	5	1,6	6,5	4,5
Schweiz	1,5	1,5	2	4,4	3,5	2	4,3	3	3	2,0	5	4	5,0	6	4
Österreich	5,0	-0,5	2	2,0	2	2	-1,9	3,5	4	6,2	13	5,5	9,9	14	5
Norwegen	1,0	2	2,5	3,7	3	1,5	2,7	10	-4	7,0	5,5	0	-1,2	5,5	3
Europäische Industrieländer ¹⁾	1,3	1	1,5	1,6	1,5	0,5	0,5	2,5	2	2,2	6,5	5	1,6	6	4
Europäische Industriel. o.BRD ¹⁾	1,4	1	2	2,2	1	0,5	-0,5	3	2,5	3,4	6,5	4,5	2,0	6	4
USA	4,8	5,3	3,5	0,1	3,5	4,5	8,2	18	7	-5,5	4,9	4	7,5	26,5	12
Kanada	3,2	3,5	2,5	0,3	2,5	2,5	-4,9	1	2,5	6,4	18	5	8,1	16	5
Japan	3,4	3,5	3	2,9	2,5	2,5	0,7	7	5,5	4,7	15	8	-4,5	12	5
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	4,4	5	3,5	0,5	3,5	4	4,7	13	6	-0,7	10	5,5	4,3	21	9
Insgesamt ¹⁾	3,3	3,5	3	0,9	2,5	2,5	3,2	9,5	5	1,0	8	5	2,8	12	6
Insgesamt o.BRD ¹⁾	3,5	4	3	1,0	2,5	3	3,2	10	5	1,4	8	5	3,1	13,5	6,5

1) Gewichte 1983 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

schen Konjunkturanregung durch die amerikanische Regierung.

Wird das amerikanische Haushaltsdefizit allein als Störfaktor aufgefaßt, so bleibt dieser weltweite konjunkturanregende Effekt unbeachtet. Der Aufmerksamkeit entgeht dann auch, daß Ausgabenüberschüsse der amerikanischen Volkswirtschaft Einnahmenüberschüsse der übrigen Länder nach sich zogen, da ja dem amerikanischen Leistungsbilanzdefizit ein Leistungsbilanzüberschuß aller übrigen Länder zusammengenommen entsprechen muß. Diese Länder wurden somit in die Lage versetzt, Kapital in die USA zu transferieren, ohne es in ihrem eigenen Lande zu verknappen, denn aufgrund der weltweiten Einnahmen-Ausgabenströme erhöhte sich ihre Kapitalbildung gerade im Ausmaß des Ausgabenüberschusses der USA.

In den nicht-amerikanischen Ländern hätten die Unternehmen die für sie günstige Situation, bei der sich ihre

Ertragslage ebenfalls erheblich verbesserte, dazu nutzen können, die heimischen Investitionen stärker auszuweiten, als dies tatsächlich der Fall war. Zwar ist der relativ moderate Aufschwung in *Westeuropa* darauf zurückzuführen, daß neben den Exporten auch die Investitionen beschleunigt zunahm. Der Investitionsanstieg blieb jedoch weit hinter dem in den USA zurück. Wenn in *Westeuropa* trotz der Anregung, die vom Aufschwung in den USA ausgehen, die Expansion bisher nur moderat blieb, so in erster Linie deshalb, weil sich hier die Regierungen nicht dazu bereit fanden, die wirtschaftliche Entwicklung durch eine expansive Finanzpolitik ausreichend zu stimulieren, sondern im Gegenteil eher restriktiv wirkten.

Ein Vergleich mit der Entwicklung in *Japan* zeigt, daß die von den USA kommenden Impulse die Wirtschaft dort erheblich stärker anregten als in *Westeuropa*, weil die Finanzpolitik, obwohl auch sie auf Konsolidierung gerichtet war, weniger restriktiv gestaltet wurde, Impulse aus dem

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen						Einkommen aus Unselbständiger Arbeit			Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	in Landeswährung															in SZR		
	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985			
Bundesrepublik Deutschland	10,5	9,1	5,5	2,1	3,0	4,5	9,1	6,3	3	0,8	0,3	2	-1,5	-6,5				
Frankreich	12,0	13	11	10,5	7,5	7	10,9	11,5	9,5	9,4	6	5,5	-2,6	-3,5				
Großbritannien	22,0	6	6,5	7,5	7	8	17,8	3,5	4	3,8	5	5,5	-7,1	-4				
Italien	3,1	16	13	15,1	14	12	4,3	13,5	10	16,5	11	9,5	7,1	0				
Niederlande	4,2	10,5	9	1,1	1,5	1,5	3,7	9	6,5	0,5	0	-0,5	-2,9	-7,5				
Belgien	9,3	12,5	12	5,3	5,5	4,5	9,3	11	10	5,3	4	3	-2,8	-4				
Dänemark	18,8	19	11	7,3	7	6	16,5	14	8	5,2	3	3	-1,0	-5				
Griechenland	17,1	24,5	22,5	18,0	18	17	16,8	22	20	17,7	15,5	14,5	-7,8	-6				
Irland	16,3	17,5	13	11,0	9,5	8,5	15,1	14	9,5	10,0	6,5	5,5	-0,3	-3,5				
EG ³⁾	11,4	11,5	9	7,6	7	7	10,0	8,5	6,5	5,4	4	4	-1,7	-4,5				
EG ohne BRD ³⁾	11,8	12,5	10,5	9,7	8,5	8	10,3	10	8	7,4	5,5	5	-1,9	-4				
Schweden	16,6	17,5	11,5	9,5	9,5	8,5	14,0	14	8,5	7,1	6,5	6	-9,4	3				
Schweiz	3,9	8,5	7,5	4,6	4	4	2,9	6	4,5	3,5	1,5	1,5	3,4	-5,5				
Österreich	9,2	13	10,5	4,3	5,5	5	6,9	10,5	8	2,1	3	2,5	0,1	-3,5				
Norwegen	13,2	13	8,5	8,4	8	7	9,8	10	7	5,0	5	5,5	-4,1	-2				
Europäische Industrieländer ³⁾	11,2	11,5	9	7,4	7	7	9,8	9	6,5	5,3	4	4	-1,8	-4				
Europäische Industriel. o.BRD ³⁾	11,4	12,5	10,5	9,2	8	7,5	10,0	10	7,5	6,9	5	4,5	-2,0	-3,5				
USA	13,6	13	6	6,5	10	7,5	9,6	6	2,5	2,7	3	4	6,1	7,5				
Kanada	27,5	20	9,5	5,5	6	5,5	23,4	14,5	6,5	2,2	1	3	5,7	0				
Japan	-0,2	11	5	5,5	6	6,5	-3,4	5,5	0,5	2,1	0,5	2	10,6	5				
Außereurop. Industrieländer ³⁾	10,8	13	6	6,2	9	7	7,7	7,5	2,5	2,4	2	3	7,5	5,5				
Insgesamt ³⁾	10,9	12,5	7	6,6	8	7	9,0	8,5	5	4,2	3	3,5	1,8	-0,5				
Insgesamt o.BRD ³⁾	10,9	13	7	7,0	8,5	7,5	8,9	8,5	5,5	4,9	3,5	4	2,3	0,5				

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Gewichtet mit 1983er Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie - mit Ausnahme der USA - der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Ausland also nicht so stark durch den kontraktiven Einfluß des Staates konterkariert wurden. Die Investitionen, aber auch der private Verbrauch nahmen daher in Japan erheblich stärker zu als in Westeuropa. Der durch die starke Exportsteigerung in Gang gesetzte Aufschwung erhielt damit eine breitere Basis, so daß auch in diesem Jahr die japanische Wirtschaft relativ kräftig expandieren wird.

Nur wenn die Regierungen der westeuropäischen Länder wieder eine wachstumsfreundlichere Finanzpolitik betrieben, würden die Voraussetzungen für eine ausgewogene Konjunkturpolitik in der westlichen Welt geschaffen. Würde in Westeuropa wieder in stärkerem Maße investiert, so würde sich der Leistungsbilanzüber-

schuß Westeuropas und im Gegenzug das Leistungsbilanzdefizit in den USA allmählich vermindern. Hierauf wirkte auch das dann zu erwartende Sinken des Dollarkurses hin, das die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft verbesserte. Wendeten sich aber die inländische und die ausländische Nachfrage wieder mehr dem heimischen Angebot zu, so wäre in den USA eine schnellere Haushaltskonsolidierung ohne Gefahr eines Abwürgens des Wirtschaftsaufschwunges möglich.

Aber auch wenn sich die Regierungen der westeuropäischen Länder nicht zu einer expansiveren Finanzpolitik bereithalten — und hierfür spricht viel —, wird von der Entwicklung in den USA weiter eine Sogwirkung auf diese Länder ausgehen, die tendenziell eine Verminde-

rung des Konjunkturgefalles herbeiführen wird. Zwar werden dann vorerst der Kapitalstrom in die USA und damit auch der Dollarkurs sowie das amerikanische Leistungsbilanzdefizit hoch bleiben. Von den internationalen Leistungsströmen werden jedoch Westeuropa und Japan weiterhin profitieren. Die internationale Konjunktorentwicklung wird dann allerdings noch für die absehbare Zeit unausgewogen sein, und die USA werden vorläufig in der — auf lange Sicht sicherlich schwer durchzuhaltenden — Position bleiben, in der sie durch Hinnahme des hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits dafür sorgen, daß der weltwirtschaftliche Aufschwung in Gang gehalten wird.

So wird die Wirtschaftsentwicklung in *Großbritannien* vor allem durch den Exportanstieg gestützt, während die Finanzpolitik ihren Restriktionskurs fortsetzt. Die Regierung erhöht die laufenden öffentlichen Ausgaben nur schwach und läßt die öffentlichen Investitionen sogar zurückgehen. Auch die Geldpolitik, die im vergangenen Jahr gelockert worden war, wird seit Jahresbeginn wieder restriktiver gestaltet, um durch Anhebung des Zinsniveaus den Pfundkurs zu stabilisieren. Das Sinken des Pfundkurses beschleunigte sich, nachdem die britische Leistungsbilanz leicht defizitär geworden war und fallende Ölpreise die Erwartung weiter steigender Leistungsbilanzdefizite nahe legten.

Die Devisenspekulation reagierte somit auf die Passivierung der Leistungsbilanz in Großbritannien anders als in den USA, wo der Dollarkurs trotz zunehmenden Leistungsbilanzdefizits stieg. Hierin kommt zum Ausdruck, daß ein außenwirtschaftliches Defizit bei der Bewertung einer Währung keine große Rolle spielt, wenn das allgemeine wirtschaftliche Klima günstig beurteilt wird. Von großem Einfluß ist ein solches Defizit jedoch, wenn die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung weniger positiv ist.

Indem in Großbritannien aus Furcht vor einer Inflationsbeschleunigung wieder eine restriktivere Geldpolitik betrieben wird, die das Zinsniveau zur Beeinflussung des Wechselkurses hochhält, wird jedoch die wirtschaftliche Expansion in Grenzen gehalten, und es entsteht nicht das Klima, das zu einer günstigeren Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung führen würde. Durch die Zinserhöhung werden vor allem die Wohnungsbauinvestitionen beeinträchtigt. Zwar sollen die Anlageinvestitionen der Unternehmen in diesem Jahr immer noch ansehnlich ausgedehnt werden. Mit einem Andauern dieser Entwicklung ist jedoch nach den bisherigen Planungen nicht zu rechnen. Wenn sich im laufenden Jahr die gesamtwirtschaftliche Expansion leicht beschleunigen wird, so ist das vor allem auf die Beendigung des Streiks im Kohlenbergbau zurückzuführen.

In *Frankreich* hat die bisher nur mäßige konjunkturelle Erholung zu einer heftigen Debatte über den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs geführt. Regierungsparteien und Opposition sind sich darüber einig, daß ein stärkeres

Wachstum erforderlich ist, soll die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. Die bisherigen Erfolge bei der Eindämmung der Inflation und der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sollen allerdings nicht in Frage gestellt werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stimulierung sollen daher weniger den privaten Verbrauch als vielmehr die Investitionen anregen. Damit ist sicherlich die Gefahr verringert, daß es aufgrund einer verstärkten Nachfrage der privaten Haushalte zu inflationären Anstößen in diesem Bereich und zu mehr Importen von Konsumgütern kommt. Aber auch die grundsätzlich erwünschte Belebung der industriellen Investitionen wird sich unmittelbar auf die Einfuhr auswirken, da ein erheblicher Teil des Bedarfs an modernen Maschinen durch Importe gedeckt werden muß. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob im Rahmen einer derartigen wirtschaftspolitischen Strategie ein mittelfristig sich selbst tragender Investitionsanstieg eingeleitet werden kann, wenn die Expansion der Auslandsnachfrage sich nur noch in geringerem Tempo fortsetzt. Günstiger wären freilich die Aussichten, falls auch bei den wichtigsten westeuropäischen Handelspartnern eine wachstumsfreundlichere Wirtschaftspolitik betrieben würde.

In Frankreich ist der wachstumspolitische Spielraum der Finanzpolitik eng. Daher ist vor allem die Geldpolitik gefordert. Der starke Anstieg des Dollarkurses hat bewirkt, daß die Zentralbanken in Westeuropa den grundsätzlich gegebenen monetären Spielraum kaum genutzt haben, obwohl gerade die üblicherweise im Rahmen des Europäischen Währungssystems schwächeren Währungen gegenwärtig eine relativ gute Position behaupten können, da die Dollaraufwertung vor allem die Position der D-Mark geschwächt hat. Eine Ausnahme bildete die Bank von Frankreich, die diese Situation in den letzten Wochen zu vorsichtigen Zinssenkungen genutzt hat. Ein Fallen des Dollarkurses, der erfahrungsgemäß eine Schwächung der Position des Franc im EWS zur Folge hat, könnte allerdings diese Politik gefährden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich ist daher gegenwärtig in starkem Maß von einer kontinuierlichen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern abhängig.

In einer labilen Situation befindet sich auch *Italien*. Auch hier ist es gelungen, die zuvor hohen Inflationsraten allmählich zu verringern. Allerdings ist die Inflationsdifferenz zu den anderen großen Industrieländern immer noch beträchtlich.

Während im Vorjahr vor allem die Auslandsnachfrage die Industrieproduktion ankurbelte, scheint die konjunkturelle Dynamik nunmehr auch die Binnennachfrage zu erfassen. Weil die Politik der Haushaltskonsolidierung bisher nur wenig konsequent verfolgt worden ist, ist die Nachfragebelebung kaum beeinträchtigt worden. Mit 2,5 bis 3 vH dürfte der private Verbrauch in diesem Jahr real

deutlich stärker als in den anderen westeuropäischen Ländern steigen. Dies könnte nicht nur den weiteren Rückgang des Preisauftriebs beeinträchtigen, sondern auch zu stärker steigenden Importen führen. Dem steuert die Zentralbank bereits durch eine restriktive Geldpolitik entgegen. Da der hohe Zins auch den Lira-Kurs hochhält, leidet die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. In der Tat hat sich die Handelsbilanz in den letzten Monaten stark passiviert.

Die weitere konjunkturelle Expansion ist vor allem von der Entwicklung der privaten Investitionen abhängig. Nach der erheblichen Verbesserung der Ertragslage und bei anhaltend reger Nachfrage der privaten Haushalte kann in diesem Jahr trotz der hohen Zinsen mit einem kontinuierlichen Anstieg der Investitionen gerechnet werden. Die private Wohnbautätigkeit dürfte allerdings nochmals zurückgehen. Zwar muß die Regierung angesichts der hohen Defizite mittelfristig einen Konsolidierungskurs steuern, überhastetes Vorgehen würde aber den Erfolg dieses Kurses in Frage stellen. Erforderlich ist

also eine allmähliche Erhöhung der Einnahmen bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Ausgaben zugunsten der öffentlichen Investitionen.

Die *kleineren westeuropäischen Länder*, die schon 1984 ein etwas höheres Wirtschaftswachstum als ihre Nachbarn erzielen konnten, bieten gegenwärtig auch bessere Voraussetzungen für eine expansivere Wirtschaftspolitik. In einer Reihe dieser Länder, etwa in den Benelux-Staaten, in Dänemark, Österreich und der Schweiz, konnten in den letzten Jahren strukturelle Probleme entschärft werden. Die Inflationsraten sind relativ niedrig, die außenwirtschaftliche Situation ist zumeist befriedigend. Die konjunkturelle Erholung wird sich daher fortsetzen. Allerdings zögern die wirtschaftspolitischen Instanzen in diesen Ländern, den gegebenen wirtschaftspolitischen Spielraum nach der erreichten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu nutzen und ein stärkeres Wachstum anzuregen, solange ihnen die größeren Länder bei dieser Politik nicht folgen. Eine Verbesserung am Arbeitsmarkt ist daher auch in diesen Ländern nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland: Witterung bremst konjunkturelle Aufwärtsbewegung

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wurde zu Anfang dieses Jahres durch zwei Einflüsse geprägt. Der ungewöhnlich kalte Winter führte dazu, daß im Januar und Februar Außenarbeiten weitgehend zum Erliegen kamen; insbesondere die Bauproduktion war hiervon betroffen. Gleichzeitig erreichte der Kurs des US-Dollars gegenüber der D-Mark neue Spitzenwerte; dies führte zu einer weiteren Stimulierung der ausländischen Nachfrage nach deutschen Produkten, verteuerte aber auch die Einfuhrgüter und wirkte den Zinssenkungstendenzen, die Ende letzten Jahres deutlich geworden waren, entgegen. Für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigung wog im bisherigen Verlauf dieses Jahres der negative Witterungseinfluß stärker als die vom Ausland kommenden Nachfrageimpulse: Die Zahl der Arbeitslosen stieg mehr als saisonüblich und erreichte mit 2,6 Millionen — nicht saisonbereinigt — einen erschreckenden Rekord. Die Preisentwicklung blieb, gemessen am Index der Verbraucherpreise, trotz der wechselkursbedingten Verteuerung der Wareneinfuhr ruhig. Kurzfristig verstärkte Preissteigerungen waren eher den ungünstigen Witterungseinflüssen bei einigen Gütergruppen zuzuschreiben.

Die Industriekonjunktur in der Bundesrepublik war zu Jahresbeginn noch stärker als zuvor auslandsbestimmt. Der Auftragseingang aus dem Ausland erhöhte sich mit der weiter zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit nahezu stetig und erreichte im Januar mit einem Indexstand von etwa 130 (1980 = 100) preis- und saisonbereinigt einen Höchstwert. Das Niveau der realen Auftragseingänge aus dem Ausland war damit um rund 17 vH höher als ein Jahr zuvor. In scharfem Kontrast zur Auslandsnachfrage entwickelten sich die Bestellungen aus dem Inland. Die Kurve (siehe Schaubild) geht hier seit Herbst vorigen Jahres sogar stärker zurück, als die der Auslandsnachfrage steigt. Real und saisonbereinigt lag der Index zuletzt immer noch deutlich unter 100, d.h. er hat das Niveau der Bestellungen im Basisjahr 1980 im Zuge der bisherigen konjunkturellen Erholung insgesamt noch nicht wieder erreicht; das Niveau war im Januar auch kaum höher als ein Jahr zuvor.

Für den Verlauf des Auftragseingangs bei der Industrie ergab sich aus den divergierenden Tendenzen der Inlands- und der Auslandsbestellungen preis- und saisonbereinigt insgesamt ein Rückgang. Es wäre allerdings nicht gerechtfertigt, dies als Indiz für den Beginn eines konjunkturellen Abschwungs zu werten. Dagegen spricht einmal, daß insbesondere im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Witterungseinflüsse zu einer negativen Entwicklung beigetragen haben. Produktion und Bestellungen verlaufen in den witterungsempfindlichen Bereichen der Herstellung von Baumaterialien nahezu zeitgleich, die Einschränkung der Bauproduktion führt sofort auch zu geringeren Bestellungen in diesem Bereich. Zudem befindet sich das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe offenbar wieder einmal in einer Phase, in der negative Tendenzen von lagerzyklischen Bewegungen ausgehen, und dies nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland.

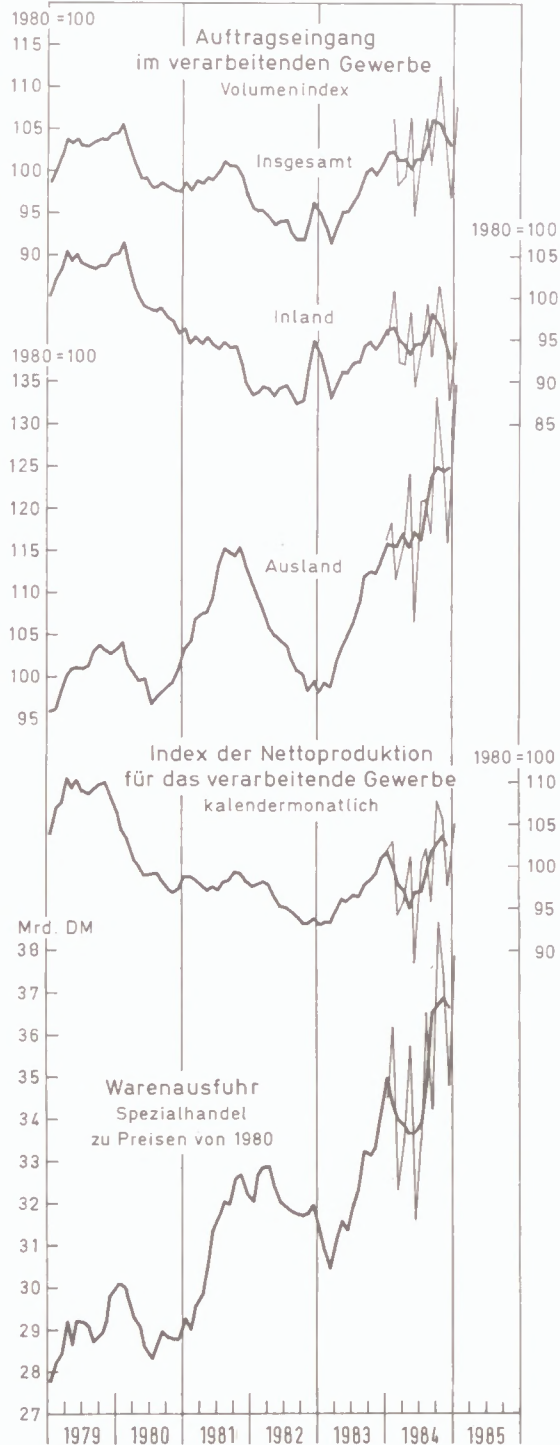
Voll in den Genuß kräftig steigender Auslandsnachfrage kommt dagegen das Investitionsgütergewerbe.

Drastisch zeigt sich dies im realen Anstieg, der sich im Januar dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat ergeben hat; er betrug rund 25 vH! Nahezu gleiche Steigerungsraten konnten dabei die wichtigsten Lieferanten von Investitionsgütern, nämlich der Maschinenbau, die elektrotechnische Industrie und der Straßenfahrzeugbau verzeichnen. Zwar war auch im Investitionsgüterbereich das Wachstum der Auslandsnachfrage deutlich stärker als das der Inlandsbestellungen; jedoch erhöhten sich die Aufträge aus dem Inland auch in diesem Bereich. Belastend allerdings wirkte hier bis zuletzt die Kaufzurückhaltung der inländischen Kraftfahrzeugkäufer, die im Herbst mit dem Beginn der erregten Diskussion um die Einführung des schadstoffarmen Autos eingesetzt hatte. Ein Hinweis auf die Bedeutung dieses Faktors für die kurzfristigen Perspektiven der Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in diesem Sektor vermittelt der Vergleich des im Januar erreichten preis- und saisonbereinigten Nachfrageniveaus mit dem Höchststand im vorigen Jahr: Es war um rund 30 vH niedriger als im September 1984. Auch wenn man berücksichtigt, daß in diesem Vorjahrsmonat die Nachfrage wegen der auf die Arbeitskämpfe folgenden Nachholvere überhöht gewesen sein dürfte, bleibt doch ein gravierender Einbruch zu registrieren. Das Auslandsgeschäft der deutschen Automobilindustrie ist von der Katalysatordiskussion nicht betroffen. Entsprechend sind die Bestellungen weiter gestiegen; dies hat einen wenigstens teilweisen Ausgleich des inländischen Nachfrageschwundes gebracht. Nur deshalb war der gesamte Auftragseingang bei der Automobilindustrie im Januar real noch etwas höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat.

Eine Belebung hat es zuletzt bei den inländischen Bestellungen von Erzeugnissen des Maschinenbaues und der elektrotechnischen Industrie gegeben. Die hohen, im Vorjahrsvergleich errechneten Zuwachsraten von 14 bzw. 10 vH überzeichnen allerdings die konjunkturelle Tendenz bei weitem. Zieht man für die Ermittlung

Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung ¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland

— gleitender Durchschnitt aus jeweils
drei saisonbereinigten Monatswerten
— saisonbereinigte Monatswerte



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 85

der Grundtendenz das in den Monaten Februar bis April, also vor den Arbeitskämpfen in der Metallindustrie, erreichte saisonbereinigte Niveau heran, so ergibt sich für die Entwicklung bis Januar 1985 beim Maschinenbau noch ein deutlicher Rückgang und für die elektrotechnische Industrie ein nur geringfügiger Anstieg der Inlandsbestellungen. Den allgemein erhofften Durchbruch zu einer kräftigen Beschleunigung der inländischen Investitionstätigkeit zeigen diese Daten bisher jedenfalls nicht.

All dies spricht nicht gegen eine nach der Winterpause wieder einsetzende Aufwärtstendenz der industriellen Produktion. So wie der Auftragseingang hat ja auch die Produktion in den vergangenen Monaten, zum Teil witterungsbedingt, nicht mehr zugenommen. Die Erhebungen des Ifo-Instituts, München, lassen jedenfalls erkennen, daß die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes für die nächsten Monate eine Steigerung ihrer Produktion planen. Die Auftragsbestände lassen dies offenbar trotz der temporären Nachfrageschwäche in den Wintermonaten ohne große Schwierigkeiten zu, zumal die Unternehmen mit einer anhaltend günstigen Exportkonjunktur rechnen.

Für das Baugewerbe hat der harte Winter zwar erhebliche Produktionsbehinderungen gebracht; den Daten zufolge war die Produktion des Bauhauptgewerbes zuletzt um 40 vH niedriger als im Januar 1984. Dieses witterungsbedingt niedrige Niveau dürfte auch im Februar nicht übertroffen worden sein. Fraglich ist, ob diese Einbußen auch das Jahresergebnis 1985 der Bauproduktion beeinträchtigen werden. Zumindest zum Teil werden die Bauunternehmen die Witterungsbehinderungen als willkommenen Anlaß zur Streckung der Auftragsreserven angesehen haben. Diese Reserven waren nicht nur infolge des starken Rückgangs der Auftragseingänge, der seit Frühjahr 1983 zu verzeichnen ist, sondern auch wegen der gehäuften Fertigstellungen im letzten Quartal 1984 beträchtlich gesunken. Die Reichweite des Auftragsbestandes betrug nach Erhebungen des Ifo-Instituts im Januar nur noch 1,7 Monate; ein derart niedriger Januarwert ist in den achtziger Jahren noch nicht registriert worden. Bei dieser Auftragslage bleibt den Bauunternehmen viel Spielraum, die witterungsbedingten Einbußen aufzuholen. Zu befürchten ist, daß sie mit der Wiedereinstellung von Arbeitskräften, die zunächst aus Witterungsgründen entlassen worden waren, sehr zögernd verfahren werden.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die im Jahresdurchschnitt 1984 nur wenig höher als im Vorjahr gewesen ist und im Jahresverlauf konjunkturell sogar sank, hat zu Beginn dieses Jahres deutlich zugenommen. Der Einzelhandelsumsatz — wichtigster konjunktureller Indikator der Verbrauchsentwicklung — ist im Januar real um 4 vH höher gewesen als ein Jahr zuvor. Diese Steigerung bringt die konjunkturelle Tendenz der Verbrauchsnachfrage keinesfalls realistisch zum Ausdruck, sondern sie übertreibt. Zum Teil zeigen sich hier

ebenfalls die Witterungseinflüsse, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen. Insbesondere konnte der Einzelhandel mehr Winterbekleidung und Schuhe verkaufen. Dies hat zusammen mit dem erhöhten Energiebedarf der Haushalte den negativen Einfluß der Kaufzurückhaltung bei Kraftfahrzeugen, den statistischen Daten zufolge, überspielt.

Für die gesamtwirtschaftliche Aktivität gilt ein solcher kompensatorischer Effekt indes nicht. Die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen, die von Dezember auf Januar sprunghaft, um fast 300 000 auf über 2,6 Millionen, zunahm und diesen Stand auch im Februar beibehielt, zeigt, daß in dieser Phase eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung vorgelegen hat, auch wenn dies durch direkte statistische Hinweise noch nicht belegt ist. Saisonbereinigt betrug damit die Zahl der Arbeitslosen, wie schon im Sommer vergangenen Jahres, 2,3 Millionen. Die seit langem erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes ist nicht eingetreten, war aber unter den gegebenen Bedingungen auch kaum möglich.

Sehr erfreulich ist die im Unterschied zum Außenwert der D-Mark hohe Geldwertstabilität im Inneren. Zwar war der Anstieg der Verbraucherpreise im Februar mit 2,3 vH im Vorjahrsvergleich wieder höher als zuvor. Mehr als auf einen abwertungsbedingten Import von Preissteigerungen ist die leichte Beschleunigung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe aber auf die witterungsbedingt ungewöhnlich starke Erhöhung der Preise von Saisonwaren (vor allem Obst und Gemüse) sowie von Heizöl zurückzuführen. Im übrigen sind Erzeuger und Handel aufgrund der nun schon seit langem geringen Lohnstückkostensteigerung in vielen Fällen weiterhin in der Lage, die importbedingte Verteuerung aufzufangen, ohne daß ihre Gewinne dabei zu stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Daneben gibt es für diejenigen Unternehmen, die überdurchschnittlich am Export beteiligt sind, Kompensation auch auf der Einnahmenseite, weil insbesondere die Ausfuhren in den Dollarraum gewinnträchtiger sind als die Umsätze im Inland.

Ausblick

Nach der „Winterpause“ werden die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bundesrepublik die Oberhand gewinnen, die gesamtwirtschaftliche Produktion wird wieder steigen. Wie in der letzten Zeit wird dies auch künftig vor allem den Auftriebskräften aus dem Ausland zuzuschreiben sein. Ungewiß ist allerdings, ob sich Inlandsnachfrage und Auslandsnachfrage noch weiter voneinander entfernen oder wieder stärker einander annähern werden. Ganz ohne Zweifel wäre ein Überspringen der Impulse, die von der Auslandsnachfrage kommen, auf die Binnennachfrage, d.h. vor allem auf die Investitionskonjunktur, hoch erwünscht, doch könnten sich Wunsch und Wirklichkeit unterscheiden.

Ein Problem bildet der Dollarkurs, über dessen weitere Entwicklung Vorhersagen äußerst unsicher sind. Im Durchschnitt dieses Jahres wird er, auch wenn er sinken sollte, indes höher sein als in den Konjunkturprognosen vorausgesetzt worden ist, die im Herbst und zur Jahreswende veröffentlicht worden sind. Dies hat im Vergleich zu diesen Prognosen Implikationen:

- für die Preisentwicklung, an der ein höherer Inflationsimport als angenommen nicht ganz spurlos vorbeigehen wird, allerdings sollte hier auch nicht zu schwarz gesehen werden;
- für das Zinsniveau in der Bundesrepublik, das unter diesen Umständen im Durchschnitt wohl ebenfalls höher ausfallen wird als früher angenommen;
- für den Export, der auf diese Weise noch stärkere Impulse als ohnehin erhält.

Die zusätzliche Verteuerung der Güter des privaten Verbrauchs schlägt sich wohl negativ in der Entwicklung der Realeinkommen nieder, da die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte als schon weitgehend festgelegt anzusehen sind. Dies würde eine niedrigere Steigerungsrate des realen privaten Verbrauchs zur Folge haben, als früher prognostiziert wurde. Sollten dabei — bisher nicht vorhergesehene — negative Beschäftigungseffekte ins Spiel kommen, würden die Produktionseinbußen, die auf eine relativ verminderte Verbrauchsausdehnung zurückzuführen sind, noch vergrößert.

Das tendenziell höhere Zinsniveau stellt eine Verschlechterung der Investitionsbedingungen dar und erschwert das Übergreifen der von der Auslandsnachfrage ausgehenden Impulse auf die Inlandsnachfrage.

Den negativ wirkenden Einflüssen auf Verbrauch und Investitionen stehen positive sowohl bei den Exporten — die Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten verbessert sich weiter — als auch bei den Importen gegenüber, denn ausländische Konkurrenten werden von inländischen Märkten verdrängt. Ob sie insgesamt für die konjunkturelle Entwicklung höher wiegen als die negativen, soll hier noch nicht entschieden werden; gezeigt werden soll nur, daß sich Belastungen der Inlandskonjunktur aufbauen können, die dann, wenn es doch noch zu einem starken Rückgang des Dollarkurses kommen sollte, zu erheblichen Friktionen führen würden. Dies vor allem auch deshalb, weil die Inlandsnachfrage zunächst nicht die konjunkturell tragende Rolle einnehmen wird, die zum Abfedern stark negativer außenwirtschaftlicher Einflüsse erforderlich wäre.

Für die wirtschaftspolitischen Instanzen ergeben sich aus dieser Konstellation erhebliche Probleme: Die Finanzpolitik muß sich überlegen, wie lange sie noch darauf setzen kann, daß mit einem kräftigen Anstieg der privaten Investitionen kurzfristige Probleme gelöst und längerfristige, vor allem das der Arbeitslosigkeit, einer Lösung wenigstens näher gebracht werden. Ihr Beitrag

sollte darin bestehen, auf die verbesserten Möglichkeiten der Gemeinden, höhere Investitionsausgaben zu finanzieren, nicht nur hinzuweisen. Vor dem Hintergrund der für 1986 vorgesehenen Steuersenkungen und der damit für die Gemeinden zu erwartenden Einnahmefälle ist nicht auszuschließen, daß die Gemeinden auf die Nutzung dieses Spielraums verzichten; diese Gefahr besteht, weil die Gemeinden im Durchschnitt nur etwa 30 bis 40 vH aus eigenen Mitteln zur Finanzierung ihrer Investitionen beisteuern können. Der Rest verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf Investitionszuschüsse von Bund und Ländern einerseits, Kredite andererseits. Daher müssen Bund und Länder Anstöße geben, vor allem aber von der engherzigen Handhabung der Investitionszuschüsse abgehen, die sich von 1980 an Jahr für Jahr vermindert haben.

Die Bundesbank sollte die Gefahren, die sich aus dem hohen Dollarkurs für die Preisentwicklung ergeben, nicht überschätzen, sondern auf den nach wie vor zu erwartenden weitgehenden Ausgleich durch nur moderat steigende Lohnstückkosten vertrauen. Eine Bedrohung der in den letzten beiden Jahren zurückgewonnenen hohen Preisstabilität ist noch nicht gegeben. Deshalb sollte die Bundesbank darauf verzichten, zinssteigernde Signale zu setzen, die den Zinsauftrieb in der Bundesrepublik forcierten. Auch wenn die Verbindung zwischen den Zinsen am Geldmarkt und am Kapitalmarkt zeitlich nicht eng ist, würde eine Erhöhung der Leitzinsen auch den Rentenzinssatz nicht unbeeinflusst lassen. Eine Stärkung der Investitionsneigung, die dies leicht ertrüge, ist noch nicht zu erkennen.

Bauwirtschaft: Weiterer Produktions- und Beschäftigungsrückgang

Die Bautätigkeit in der Bundesrepublik ist tendenziell weiter rückläufig. Das reale Bauvolumen lag 1984 zwar um 1 vH über dem Niveau vom Vorjahr. Dieses Durchschnittsergebnis konnte jedoch nur durch den kräftigen Zuwachs im ersten Quartal und eine auf Sonderfaktoren zurückzuführende Belebung im vierten Quartal erreicht werden. Zum Jahresende war es vor allem das Bestreben von Bauherren, angefangene Bauten noch 1984 fertigzustellen, um in den Genuß von steuerlichen Vergünstigungen zu gelangen. Hinzu kamen die vergleichsweise günstigen Witterungsbedingungen. 1985 ist mit Einbußen bei der Produktion zu rechnen; im Jahresdurchschnitt wird das reale Bauvolumen um 2 vH geringer sein als 1984.

Allerdings lassen Einflußfaktoren der Nachfrage eine allmähliche Verbesserung der Situation im öffentlichen Baubereich und bei der gewerblichen Bautätigkeit erwarten. Für 1986 zeichnen sich daher günstigere Perspektiven ab. Dennoch reicht die Produktionsentwicklung auch bei einem wieder zunehmenden Bauvolumen im Jahr 1986 nicht aus, um einen weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahl zu verhindern. Bis Ende 1985 ist mit einem Abbau in der Größenordnung von 90 000 Beschäftigten zu rechnen. Damit hätte die Bauwirtschaft seit 1972 mehr als 500 000 Beschäftigte verloren; das entspricht einem Rückgang von fast einem Viertel.

Analysen des Investitionsbedarfs in der Bundesrepublik zeigen, daß genügend Bereiche vorhanden sind, in denen eine Verstärkung der Bautätigkeit erforderlich ist. Hinzu kommt, daß in denjenigen Bereichen, in denen sich der Neubedarf abgeschwächt hat, in verstärktem Umfang Ersatzbedarf befriedigt werden muß, soll der Bestand gesichert werden. Ohne ein stetiges Wachstum der Bauproduktion auf mittlere Frist lassen sich diese Aufgaben nicht bewältigen.

Nachfrage, Produktion und Beschäftigung

Mit dem Auslaufen einer Reihe bauwirksamer staatlicher Förderungsprogramme ging auch die Nachfrage — gemessen an den realen Auftragseingängen — kräftig zurück. Diese Entwicklung wurde zwar schon Anfang 1984 vorausgesehen¹, die Intensität des Rückgangs ist allerdings unterschätzt worden. Die Nachfrage fiel auf das Niveau von Anfang 1982, dem Beginn des Wirksamwerdens der staatlichen Förderungen, zurück.

Bei anfangs noch relativ hoher Produktionstätigkeit wurden daher die Auftragsbestände im Verlauf des vergangenen Jahres rasch abgebaut. Im vierten Quartal wurde der Produktionsrückgang aus den genannten Gründen nur vorübergehend unterbrochen. Im Zuge der

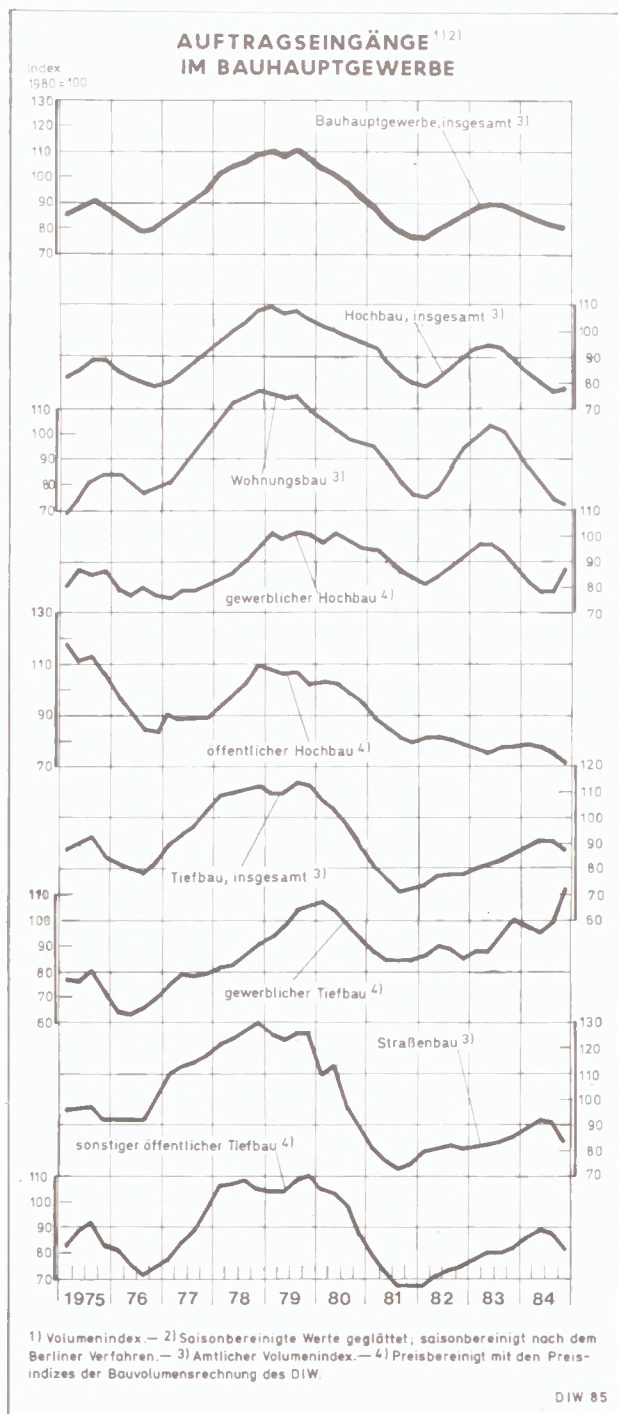
insgesamt negativen Entwicklung auf dem Baumarkt nahm die Zahl der Konkurse weiter zu; die Zahl der Beschäftigten ging weiter zurück. Auch die Preissteigerungsraten wurden deutlich kleiner.

Wohnungsbau

Anfang 1984 lag der Bauüberhang mit 580 000 Bauvorhaben deutlich über dem Stand des Vorjahres (um etwa 60 000 Einheiten). Es wurde sogar fast das vergleichsweise hohe Niveau vom Jahr 1980 wieder erreicht. Ein

¹ Vgl.: Beschäftigungszunahme in der Bauwirtschaft. Bearbeiter: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 12/84, S.137 ff.

Jahr		Wohn- bauten	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bauvolumen
			Insgesamt	Hochbau	Tiefbau	Insgesamt	Hochbau	Strassen- bau	Sonstiger Tiefbau	
Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill.DM										
1983	I	24 130	14 080	10 750	3 330	10 170	4 860	1 970	3 340	48 380
	II	32 960	18 160	13 670	4 490	15 870	6 210	4 310	5 350	66 990
	III	35 510	19 660	14 830	4 830	17 220	6 610	4 780	5 830	72 390
	IV	33 770	18 810	14 110	4 700	15 790	6 300	3 900	5 590	68 370
	Jahr	126 370	70 710	53 360	17 350	59 050	23 980	14 960	20 110	256 130
1984	I	26 720	15 030	11 500	3 530	10 490	4 830	2 010	3 650	52 240
	II	35 190	18 550	14 050	4 500	15 910	6 050	4 280	5 580	69 650
	III	35 500	19 830	14 860	4 970	17 460	6 570	4 810	6 080	72 790
	IV	34 170	19 270	14 280	4 990	16 780	6 540	4 300	5 940	70 220
	Jahr	131 580	72 680	54 690	17 990	60 640	23 990	15 400	21 250	264 900
Preisentwicklung (1970 = 100)										
1983	I	208,3	186,0	189,5	175,5	186,3	202,6	170,7	175,1	196,5
	II	209,6	187,6	191,5	176,9	184,8	204,5	171,2	176,4	197,1
	III	212,8	187,9	191,7	176,9	187,0	207,6	172,9	179,1	199,1
	IV	213,4	188,9	193,2	177,2	187,1	208,1	172,8	177,1	199,8
	Jahr	211,2	187,7	191,6	176,7	186,3	205,9	172,1	177,1	198,3
1984	I	215,0	190,3	194,1	178,9	190,6	210,1	173,1	178,5	202,2
	II	215,8	191,6	195,6	180,0	188,9	211,2	174,1	180,0	202,4
	III	217,8	191,2	195,6	179,4	189,4	211,7	175,2	180,5	202,8
	IV	218,2	191,9	196,7	179,3	189,1	211,2	175,4	178,5	203,1
	Jahr	216,8	191,3	195,6	179,4	189,4	211,1	174,7	179,5	202,7
Bauvolumen zu Preisen von 1970 in Mill. DM										
1983	I	11 586	7 570	5 673	1 897	5 460	2 398	1 154	1 907	24 617
	II	15 725	9 678	7 140	2 538	8 587	3 036	2 518	3 033	33 989
	III	16 687	10 464	7 734	2 730	9 209	3 184	2 765	3 260	36 360
	IV	15 825	9 957	7 304	2 652	8 440	3 027	2 256	3 157	34 222
	Jahr	59 823	37 669	27 852	9 818	31 695	11 646	8 693	11 356	129 188
1984	I	12 428	7 898	5 924	1 973	5 504	2 299	1 161	2 044	25 830
	II	16 306	9 682	7 183	2 500	8 423	2 865	2 458	3 100	34 411
	III	16 301	10 369	7 598	2 771	9 218	3 103	2 745	3 369	35 888
	IV	15 661	10 042	7 259	2 783	8 875	3 096	2 451	3 328	34 579
	Jahr	60 696	37 991	27 964	10 027	32 020	11 363	8 816	11 841	130 707
Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in %										
1983	I	3,4	0,5	1,9	-3,4	-6,8	-6,5	-10,0	-5,2	0,1
	II	3,0	0,8	1,9	-2,4	-7,2	-8,5	-7,3	-5,9	-0,4
	III	5,7	3,8	4,8	1,0	-5,4	-8,9	-3,8	-3,2	2,2
	IV	5,0	2,6	4,2	-1,6	-7,4	-11,3	-9,8	-1,5	1,0
	Jahr	4,4	2,0	3,3	-1,5	-6,7	-9,0	-7,3	-3,8	0,8
1984	I	7,3	4,3	4,4	4,0	0,8	-4,1	0,6	7,2	4,9
	II	3,7	0,0	0,6	-1,5	-1,9	-5,7	-2,4	2,2	1,2
	III	-2,3	-0,9	-1,8	1,5	0,1	-2,5	-0,7	3,3	-1,3
	IV	-1,0	0,9	-0,6	4,9	5,2	2,3	8,6	5,4	1,0
	Jahr	1,5	0,9	0,4	2,1	1,0	-2,4	1,4	4,3	1,2
1) Berechnungen des DIW.										



ausreichender Vorrat für ein kräftiges Wachstum des realen Wohnungsbauvolumens war also vorhanden. Die laufende Nachfrage schrumpfte jedoch bis Ende 1984 kräftiger und in kürzerer Zeit, als allgemein erwartet wurde. Die Zahl der Baugenehmigungen lag 1984 mit etwa 340 000 um 80 000 unter der vom Vorjahr und fiel damit auf das niedrige Niveau von 1982 zurück.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren einerseits negative Reaktionen auf die vorgezogene Nach-

frage in den Jahren 1982/83 im Gefolge der Förderprogramme der Bundesregierung. Auch die Entwicklung anderer Einflußfaktoren der Nachfrage — Zinsen, Bau- und Baulandpreise, Einkommen der privaten Haushalte — gab potentiellen Bauherren keinen Anlaß, ihre Zurückhaltung aufzugeben.

Die Bautätigkeit ging daher deutlich zurück. Der Rückgang wurde gegen Ende letzten Jahres lediglich durch die relativ milde Witterung und durch die verstärkte Tätigkeit des — dem Rohbau nachgelagerten — Ausbaugeswerbes gebremst. Bei rückläufiger Zahl der Baugenehmigungen und einer Zunahme der Fertigstellungen, deren Zahl deutlich über dem Ergebnis von 1983 liegt, dürfte der Bauüberhang bis Anfang 1985 kräftig geschrumpft sein, insbesondere der Bestand an im Bau befindlichen Bauten aufgrund des Auslaufens der Mehrwertsteueroption. Damit ist für 1985 ein kräftiger Einbruch der Wohnungsbautätigkeit vorgezeichnet.

Von den Einflußfaktoren der Nachfrage, die die weitere Entwicklung des Wohnungsbauvolumens in den Jahren 1985/86 bestimmen werden, gehen derzeit unterschiedliche Wirkungen aus: Die Preissteigerungen bei Rohbauten und baureifem Land haben sich, der gesunkenen Nachfrage entsprechend, zurückgebildet. Von diesen Indikatoren dürften daher eher positive Wirkungen auf die Nachfrage im Wohnungsbau ausgehen. Die Hypothekenzinsen sind seit Ende 1983 zwar tendenziell gefallen, befinden sich aber immer noch auf einem hohen Niveau. Ein weiteres Absinken ist vorerst auch nicht zu erwarten. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß die Realeinkommen der privaten Haushalte nach den Einbußen in den vergangenen Jahren auch 1984 nur geringfügig zugenommen haben (1 vH). Damit dürfte die zu erwartende Zinsbelastung für die Mehrzahl der bauwilligen Haushalte immer noch so hoch sein, daß von daher mit einer nachhaltigen Ausweitung der Nachfrage nach Wohnungen nicht zu rechnen ist.

Unklar ist, wie das vorgesehene „Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“ die potentiellen Bauherren beeinflussen wird. Die Neuregelung sieht vor, daß Bauherren und Käufer von selbstgenutztem Wohneigentum vom 1. Januar 1987 an gleichbehandelt werden, gleichgültig ob sie ein Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhaus bauen oder erwerben. Damit würden für Eigentümer von 2-Familienhäusern die steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten von Werbungskosten, insbesondere Schuldzinsen, entfallen, so daß es für potentielle Bauherren oder Erwerber von Zweifamilienhäusern vorteilhaft sein könnte, ihre Pläne bis Ende 1986 zu realisieren. Gleichzeitig sollen die sonstigen steuerlichen Bedingungen (erhöhter Abschreibungsbetrag; Veränderung der Kinderkomponente) für den Eigenheimbau verbessert werden, wenn auch nur geringfügig. Diese Regelungen eröffnen also keine neuen wohnungspolitischen Welten, sondern führen nur zu marginalen Verbesserungen der finanziellen Position

Tabelle 2

Bauüberhang, Baugenehmigungen und Fertigstellung von Wohnungen¹⁾²⁾⁵⁾
in 1000

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 ³⁾	1985 ⁴⁾
Bauüberhang Anfang des Jahres 6)	1072,5	999,1	782,8	677,3	629,8	541,1	579,1	593,9	572,6	550,5	523,7	584,1	525
Bestand an im Bau befindlichen Bauvorhaben Anfang des Jahres	835,5	760,3	553,4	470,0	452,8	383,6	408,3	443,6	427,2	400,8	364,3	413,0	390
Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Anfang des Jahres	237,0	238,8	229,4	207,3	177,0	157,5	170,8	150,3	145,4	149,7	159,4	171,1	135
+ Genehmigungen	658,9	417,8	368,7	380,4	352,1	425,8	383,6	380,6	356,0	335,0	419,6	336,2	320
- Löschungen (einschl. statistische Differenzen)	18,1	29,7	37,4	35,5	31,8	19,7	11,0	13,0	12,6	14,8	18,4	(17)	15
= Potential von Baubeginnen während des Jahres	877,8	626,9	560,7	552,2	497,3	563,6	543,4	517,9	488,8	469,9	560,6	(490)	440
- Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Ende des Jahres	238,8	229,4	207,3	177,0	157,5	170,8	150,3	145,4	149,7	159,4	171,1	(135)	125
= Baubeginne während des Jahres	639,0	397,5	353,4	375,2	339,8	392,8	393,1	372,5	339,1	310,5	389,5	(355)	315
- Fertigstellungen	714,2	604,4	436,8	392,4	409,0	368,1	357,8	388,9	365,5	347,0	340,8	(380)	340
= Zuwachs an im Bau befindlichen Bauvorhaben während des Jahres	-75,2	-206,9	-83,4	-17,2	-69,2	24,7	35,3	-16,4	-26,4	-36,5	48,7	(-25)	-25

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.
3) Teilweise Schätzung.
4) Schätzung.
5) Angaben der Bautätigkeitsstatistik und eigene Berechnungen.
6) Bauüberhang + Genehmigungen - Fertigstellungen = Bauüberhang des nächsten Jahres.
Zahlen in Klammern sind Schätzungen.

der Investoren. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Bauentscheidungen von diesen Regelungen merklich beeinflußt werden.

Auf den Mietwohnungsbau dürfte von der geringeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus eher ein dämpfender Effekt ausgehen. So sollen nach einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags von 1986 an die Bundesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus nur noch für die Eigentumsförderung und nicht mehr für den sozialen Mietwohnungsbau verwendet werden. Dagegen dürfte sich in der Städtebauförderung die Aufstockung der Mittel positiv auf die Nachfrage auswirken.

Quantifiziert man die Tendenzen für die Produktion im Wohnungsbau, so ist damit zu rechnen, daß das reale Wohnungsbauvolumen in diesem Jahr um wenigstens 5 vH unter dem Ergebnis vom Vorjahr liegt. Bei der vorhersehbaren Einkommensentwicklung ist mit einem allmählichen Wiederanstieg der Nachfrage nur bei einem deutlich niedrigeren Zinssatz zu rechnen.

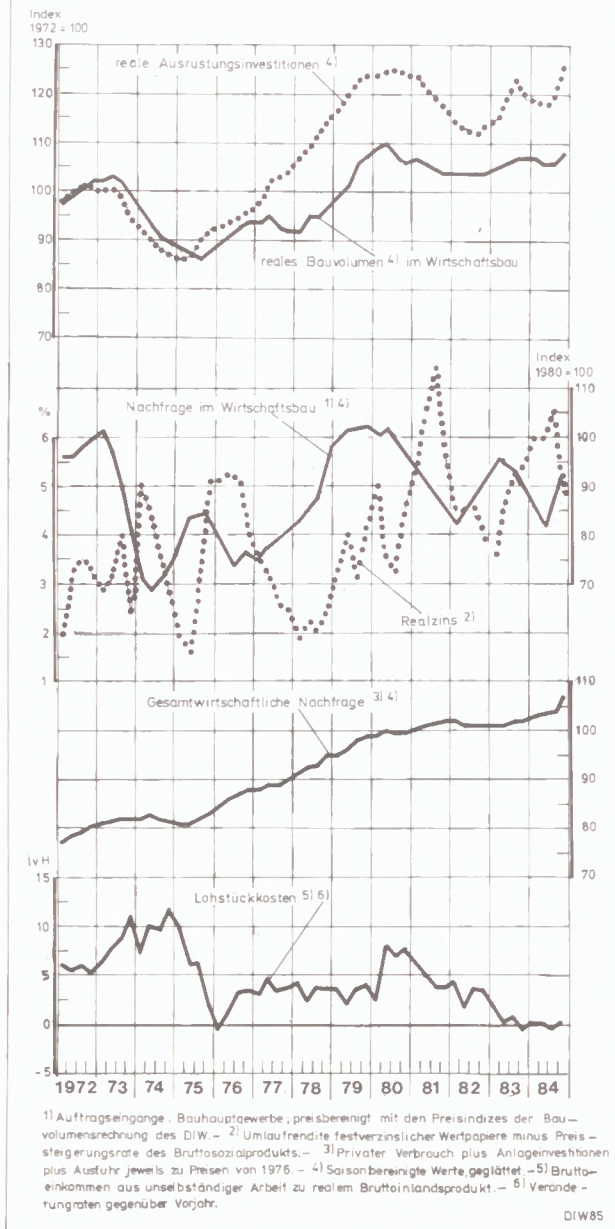
Wirtschaftsbau

Auch im Wirtschaftsbau waren 1984 Nachfrage und Produktion aufgrund von Vorzieheffekten in den Jahren 1982/83 rückläufig. Das reale Bauvolumen lag zwar im Jahresdurchschnitt 1984 um etwa 1 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Ebenso wie im Wohnungsbau kam dieses Ergebnis weitgehend durch den kräftigen Zuwachs im ersten Quartal und Sonderfaktoren im vierten Quartal zustande. Positiv zum Jahresergebnis trug auch die Entwicklung im gewerblichen Tiefbau bei, der — im Gegensatz zum Hochbau — zuletzt kräftig expandierte. Negativ zu Buche schlugen die Montagebauleistungen.

Die Einschätzung der aktuellen Nachfrage, gemessen an den realen Auftragseingängen, ist im Wirtschaftsbau weitaus schwieriger als im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau. Da die Schwankungen größer und häufiger als in den anderen Baubereichen sind, fällt es schwer, den aktuellen Trend zu bestimmen.

Saisonbereinigt zeigt sich gegenwärtig ein Anstieg der Auftragseingänge. Auch die generellen Perspektiven für

INDIKATOREN ZUR KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG IM WIRTSCHAFTSBAU



den Wirtschaftsbau haben sich verbessert. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, vor allem der Export, hat zugenommen. Die verbesserten Absatzchancen dürften sich auf die Stimmung und die Zukunftserwartungen positiv auswirken. Das Investitionsklima dürfte sich auch aufgrund der Zunahme der Gewinne verbessert haben. In die gleiche Richtung wirkt die Entwicklung der Erträge aus Anlagen in Geldkapital. Sie haben sich tendenziell rückläufig entwickelt, so daß Investitionen in Sachanlagen wieder lohnender werden.

Einer positiven Einschätzung der Wirkungen, die von diesen Faktoren auf die gewerbliche Bautätigkeit ausgehen, steht zwar entgegen, daß bei den gesamten Anlageinvestitionen der Unternehmen der Anteil der bautechnischen Erweiterungsinvestitionen tendenziell abgenommen hat und die Unternehmen zunächst in Ausrüstungen investieren, um ihre Kapazitäten an die Nachfrage anzupassen. Dies ist jedoch nur in begrenztem Umfang möglich, so daß eine Belebung der Investitionskonjunktur sich im allgemeinen mit Verzögerung auch auf die gewerbliche Bautätigkeit auswirkt.

Insgesamt wird im Verlauf des Jahres 1985 das reale Bauvolumen im Wirtschaftsbau konjunkturell allmählich zunehmen. Im Jahresdurchschnitt dürfte jedoch das Niveau noch unter dem von 1984 liegen (– 1 vH), da die Auftragsbestände stark geschrumpft sind und ein vorübergehender Rückgang der Produktion als Reaktion auf vorgezogene Investitionen im Zusammenhang mit der Investitionszulage nicht ausgeschlossen werden kann.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich nahm erstmals seit Jahren des Rückgangs im Verlauf des vergangenen Jahres wieder zu. Das reale Bauvolumen lag im Jahresdurchschnitt um 1 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Die Entwicklung in den einzelnen Baubereichen war dabei aber nicht gleichgerichtet. Während der öffentliche Hochbau (– 2,4 vH) weiter sank, nahm der Straßenbau (1,4 vH) geringfügig zu; der sonstige öffentliche Tiefbau expandierte kräftig (4,3 vH).

Für die Einschätzung der künftigen Entwicklung von Nachfrage und Produktion muß zunächst die mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften herangezogen werden. Für 1985/87 ist eine nominale Steigerung der Sachinvestitionen von etwa 4 vH jährlich vorgesehen. Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs dürfte die reale Zunahme etwa 2 vH betragen. Ein Wachstum der öffentlichen Bautätigkeit in dieser Größenordnung wird auch von der aktuellen Nachfrageentwicklung — gemessen an den realen Auftragseingängen — bestätigt. Die Nachfrage im öffentlichen Hochbau entwickelt sich weiterhin rückläufig, nur im Tiefbau, auf den allerdings zwei Drittel der öffentlichen Bautätigkeit entfallen, ist die Nachfrageentwicklung tendenziell aufwärts gerichtet. Da die Produktion der Nachfrage nicht gefolgt ist, sind auch die Auftragsbestände im Tiefbau aufgestockt worden. Für 1985 kann daher mit einem realen Zuwachs des öffentlichen Bauvolumens in der Größenordnung von 2 vH gerechnet werden.

Fazit

Insbesondere wegen der rückläufigen Entwicklung im Wohnungsbau wird das reale Bauvolumen in diesem Jahr

deutlich abnehmen. Das Vorjahrsniveau dürfte um 2 vH unterschritten werden. Damit ist wieder der niedrige Ausgangsstand vom Jahre 1982 — vor der Wirkung der staatlichen Förderungen — erreicht.

Diese Entwicklung ist vor allem in den öffentlichen Baubereichen unbefriedigend. Die Stimmen mehren sich, die sowohl auf zunehmende Veralterung des Infrastrukturka-

pitals hinweisen als auch auf ungedeckte Bedarfsfelder insbesondere im Bereich der Umwelt-Infrastruktur. Hinzu kommt, daß bei den erreichten Konsolidierungserfolgen ohne Gefahr ein Mehr an zusätzlichen staatlichen Investitionen auf dem Kreditwege finanziert werden kann. Dazu sollten insbesondere die Gemeinden durch eine Aufstockung der Investitionszuweisungen von Bund und Ländern in die Lage versetzt werden.

Tabelle 3

Entwicklung des Bauvolumens nach Produzentengruppen und Baubereichen

	in Mrd. DM zu Preisen von 1970				Zuwachsraten in vH			
	1982	1983	1984	1985 ¹⁾	1982	1983	1984	1985 ¹⁾²⁾
<u>nach Produzentengruppen</u>								
Bauhauptgewerbe	69,11	69,54	71,06	68,6	-4,1	0,6	2,2	-3,5
Hochbau	44,60	46,21	46,86	.	-2,9	3,6	1,4	.
Tiefbau	24,51	23,33	24,20	.	-6,4	-4,8	3,7	.
Ausbaugewerbe	27,36	27,42	27,50	27,6	-5,9	0,2	0,3	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	9,63	9,64	9,16	} 31,8	-1,5	0,2	-5,0	} -1,0
Architektenleistungen, Gebühren, Sonstige Bauleistungen	22,13	22,59	22,99		-4,6	2,1	1,8	
Bauvolumen insgesamt	128,23	129,19	130,71	128,0	-4,4	0,8	1,2	-2,0
<u>nach Baubereichen</u>								
Wohnungsbau	57,33	59,82	60,70	57,7	-5,2	4,4	1,5	-5,0
Wirtschaftsbau	36,93	37,67	37,99	37,6	-1,8	2,0	0,9	-1,0
Gewerblicher Hochbau	26,97	27,85	27,96	.	-2,0	3,3	0,4	.
Gewerblicher Tiefbau	9,96	9,82	10,03	.	-1,0	-1,5	2,1	.
Öffentlicher und Verkehrsbau	33,97	31,70	32,02	32,7	-5,8	-6,7	1,0	2,0
Öffentlicher Hochbau	12,79	11,65	11,36	.	-2,3	-9,0	-2,4	.
Straßenbau	9,37	8,69	8,82	.	-7,5	-7,3	1,4	.
Sonstiger Tiefbau	11,81	11,36	11,84	.	-8,1	-3,8	4,3	.

1) Schätzung. - 2) Gerundete Zahlen.

Tabelle 4

Kennziffern zur Entwicklung von Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe¹⁾ nach Baubereichen

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ^{2) 3)}
	<u>Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH</u>												
<u>Bauhaupt- und Ausbau-</u> <u>gewerbe insgesamt</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	-0,4	-8,2	-5,9	2,3	0,5	2,3	6,0	2,8	-4,9	-4,7	0,5	1,7	-2,5
Beschäftigte	-0,1	-7,6	-8,2	-0,6	-1,6	1,2	4,1	1,6	-2,7	-4,7	-2,1	-0,4	-4,5
<u>Wohnungsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	0,7	-13,7	-8,4	5,4	2,9	1,5	6,5	1,1	-6,0	-5,0	4,2	1,4	-5
Beschäftigte	2,0	-12,2	-8,6	1,5	1,5	1,4	5,3	0,3	-3,0	-4,7	1,2	0,0	-6
<u>Wirtschaftsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	0,5	-11,7	-5,9	7,2	1,7	0,4	7,7	6,1	-2,4	-1,9	2,1	2,4	-2
Beschäftigte	-0,5	-9,3	-10,7	4,4	-2,6	-2,5	2,5	5,2	-1,2	-2,2	-1,3	-0,4	-4
<u>Öffentlicher und</u> <u>Verkehrsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	-2,9	3,6	-2,4	-4,8	-3,5	4,7	4,0	3,0	-5,6	-6,2	-6,4	1,4	1
Beschäftigte	-3,8	3,4	-5,6	-7,7	-6,7	3,6	2,6	1,6	-3,1	-6,9	-9,8	-1,6	-1
	<u>Ursprungswerte</u> ⁵⁾												
<u>Bauhaupt- und Ausbau-</u> <u>gewerbe insgesamt</u> ³⁾													
Bauvolumen zu Preisen von 1970 (in Mrd.DM)	107,7	98,9	93,1	95,1	95,7	97,8	103,7	106,6	101,2	96,5	97,0	98,6	96
Beschäftigte (in 1000) ⁴⁾	2 321	2 143	1 968	1 956	1 926	1 948	2 027	2 059	2 004	1 909	1 869	1 862	1 780
1) Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. - 2) Schätzung. - 3) Gerundete Zahlen. - 4) Vgl. hierzu: Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. In: DIW-Vierteljahrsheft 2/3, 1983, S.135 ff. - 5) Jahresdurchschnittswerte.													

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer - 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Zur Wirtschaftslage: *Weiterhin Konjunkturgefälle in der westlichen Welt.* Von Manfred Teschner und Joachim Volz.—

Bundesrepublik Deutschland: Witterung bremst konjunkturelle Aufwärtsbewegung. Von Horst Seidler.—

Bauwirtschaft: Weiterer Produktions- und Beschäftigungsrückgang. Von Jochen A. Hübener.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.